

Pressekonferenz am 30. September 2025 in Düsseldorf

## **Das Schwarzbuch 2025/2026 „Die öffentliche Verschwendung“**

Statement von RA Rik Steinheuer,  
Vorsitzender des Bundes der Steuerzahler Nordrhein-Westfalen

Es gilt das gesprochene Wort.

---

Ich begrüße Sie herzlich zur Vorstellung des neuen Schwarzbuchs „Die öffentliche Verschwendung“ 2025/26 des Bundes der Steuerzahler.

Auch in diesem Jahr umfasst das Schwarzbuch insgesamt 100 Fälle von Steuergeldverschwendung aus ganz Deutschland. Davon stammen 14 Fälle aus Nordrhein-Westfalen. Zwei weitere NRW-Fälle – einen aus Köln und einen aus Bochum – veröffentlichen wir exklusiv auf unserer Rechercheplattform [www.schwarzbuch.de](http://www.schwarzbuch.de).

Damit wird deutlich: Das Schwarzbuch ist immer nur ein Querschnitt aus den zahlreichen Fällen, die wir in Nordrhein-Westfalen und in den anderen Landesverbänden sowie bei unserem Bundesverband recherchieren. Es geht uns nicht um eine vollständige Sammlung, sondern darum, die Bandbreite und die verschiedenartigen Erscheinungsformen von Steuergeldverschwendung aufzuzeigen.

Und so finden Sie unsere NRW-Fälle in ganz unterschiedlichen Kapiteln. Unter der Überschrift „Teure Diener“ berichten wir, dass der NRW-Landtag im Februar 2025 beschlossen hat, das Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) aufzuspalten und stattdessen zwei neue Behörden zu schaffen. Statt die Verwaltung zu verschlanken, drohen hohe Zusatzkosten und mehr Bürokratie (S.61).

„Richtig skurril“ geht es in Bonn zu, wo in Niederholtorf die Anwohner seit über 40 Jahren den Weg zu einem Bolz- und Spielplatz über einen Garagenhof abkürzen. Seit 2023 versperrt ihnen ein Zaun den Weg. Den hat die Stadt errichtet, um Unfälle zu vermeiden, die es dort noch nie gegeben hat. Auf die Zaun-Posse folgte dann noch eine Treppen-Posse (S.73).

In Rheda-Wiedenbrück stehen zwei Ampeln im Abstand von 20 Metern hintereinander. Sieben Behörden waren zuständig, um an dieser Stelle eine sichere Fahrbahnüberquerung für Radfahrer zu schaffen. Die vorhandene Querungsinsel hätte es auch getan (S. 79).

Mit einer „Kostenexplosion“ haben wir es in Nettetal zu tun, wo die Sanierung der Werner-Jaeger-Halle finanziell aus dem Ruder gelaufen ist (S. 100).

„Teure Fehler“ verzeichnen wir in Bochum (S. 106), Mettmann (S. 109), Selm (S. 114) und Siegburg (S. 119)

Im Kapitel „Verschwendung droht“ berichten wir über Fälle, die noch nicht abgeschlossen sind und bei denen sich die Verschwendung noch verhindern lässt, wenn die Verantwortlichen den Mut haben, sich selbst und ihre Entscheidungen noch einmal zu hinterfragen. Das betrifft in diesem Jahr die Mack-Pyramide in Monheim (S. 145), die JVA in Remscheid (S. 152) und einen geplanten Wohlfühltunnel in Münster (S. 149). In diesen drei Städten stehen jetzt gerade auch Teams des BdSt, um den dortigen Lokalmedien die Fälle vorzustellen.

Wie immer treffen Sie ein paar alte Bekannte. In unserer „Nachlese“ berichten wir über die Kulturraffinerie in Monheim, die noch einmal teurer wird (S. 161), über den Phantom-Pendlerparkplatz in Borken (S. 163) und über die Beethovenhalle in Bonn, in der im Dezember tatsächlich das Eröffnungskonzert stattfinden soll (S. 171).

Wichtig ist uns: Es geht im Schwarzbuch weniger um die absoluten Summen, die verschwendet wurden. Entscheidend ist, welche Gesetzmäßigkeiten und Fehler sich zeigen und welche Lehren wir daraus ziehen können. Unser Ziel ist es, durch Transparenz dazu beizutragen, dass Verschwendung künftig verhindert oder zumindest eingedämmt wird.

Deshalb belassen wir es nicht dabei, im Schwarzbuch 100 einzelne Verschwendungsfälle aufzuzählen. Das Schwarzbuch kann viel mehr. Jedes Jahr enthält es zusätzlich zu den konkreten Fällen einen Themenschwerpunkt. In diesem Jahr geht es um die sogenannte „Folgekostenfalle“. Wir analysieren, dass viele Investitionen – etwa in Straßen, Brücken, Gebäude oder Infrastruktur – nicht nur Baukosten verursachen, sondern über Jahrzehnte hohe Folgekosten. Diese geraten in der Planung oft aus dem Blick. Unsere Vorschläge zielen darauf ab, solche Folgekosten frühzeitig zu berücksichtigen.

In den vergangenen Jahren haben wir im Schwarzbuch Schwerpunkte etwa auf die Themen Bürokratie, Baukostensteigerungen, Digitalisierung, Wohnpolitik oder Staatswirtschaft gelegt. Jedes Mal haben wir aufgezeigt, wo die Ursachen liegen und wie Verschwendung künftig eingedämmt werden kann.

Immer wieder begegnet uns die Frage nach der Strafbarkeit von Steuergeldverschwendung. Sie ist leider nicht so ganz einfach zu beantworten. Einen Straftatbestand der Verschwendung gibt es nicht. Der Strafrechtsprofessor Bernd Schönemann hat für uns ein Rechtsgutachten erstellt, in dem vorschlägt, den Straftatbestand der Haushaltsuntreue neu einzuführen. Er soll zusätzlich zu dem bestehenden

Untreueparagrafen (§ 266 StGB) ausdrücklich auf die Steuergeldverschwendung durch Staatsdiener und Amtsträger abzielen, die wesentliche haushaltsrechtliche Vorschriften bewusst missachten, beispielsweise bei Zuwendungen, Baumaßnahmen oder größeren Beschaffungen. Es geht also darum, den vorsätzlichen Missbrauch von Steuergeld zu bestrafen.

Damit soll auch der weit überwiegende Teil der Amtsträger, die sorgsam und verantwortungsvoll mit dem Steuergeld umgehen, vor pauschalen und falschen Verdächtigungen geschützt werden. Doch trotz dieser konkreten Vorschläge zeigen die Abgeordneten des Deutschen Bundestags wenig Ehrgeiz, das Strafrecht wirksam gegen die Verschwendung in Position zu bringen. Wer beschließt schon gerne Gesetze gegen sich selbst? Umso wichtiger sind uns die Transparenz und die öffentliche Debatte, die durch das Schwarzbuch geschaffen werden.

Genau davon lebt ein demokratischer Staat. Wenn wir Fälle von Steuergeldverschwendung öffentlich machen, unterstützen wir Bürger dabei, sich gut informiert in die Diskussion über die Verwendung ihres Steuergelds einzubringen. So entsteht eine Identität als Mitglied des politischen Gemeinwesens – eine wichtige Voraussetzung auch für die Akzeptanz politischer Entscheidungen.

Das Schwarzbuch ist ein Instrument, um aus Fehlern zu lernen, um Verwaltung und Politik zu sensibilisieren und um die Steuerzahler zu schützen. Das ist unser Auftrag – und dem fühlen wir uns verpflichtet.